

Vom Interzonenzug zur Polizei Tausende von kommunistischen Agenten gefaßt

Hamburg (DPA/AP). Nahezu 4000 kommunistische Agenten, die mit gefälschten Papieren illegal aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik kommen wollten, um den Wahlkampf zu stören, sind in den letzten Tagen festgenommen worden.

Die einzelnen Bundesgrenzschutzabschnitte an der Zonengrenze melden Zahlen von Festnahmen, die sich jeweils zwischen 600 und 1700 bewegen.

Allein in Niedersachsen sind seit Beginn der Ströktion über 2000 FDJ-Mitglieder, davon 1650 auf dem Bahnhof Helmstedt, festgenommen worden. Am Montagabend ging hier der Zustrom von FDJ-Agenten etwas zurück. Ihre Reiseziele haben sich inzwischen von Orten des Ruhrgebietes nach Kassel und Herford verlagert. Eine große Anzahl wurde inzwischen in die Sowjetzone abgeschoben. Gegen 280, darunter etwa 50 Frauen, wurde richterlicher Haftbefehl erlassen. Etwa 250 000 DM und große Mengen kommunistischen

Propagandamaterials wurden beschlagnahmt.

FDJler verweigern Mittagessen

In dem am Montagabend in Bebra eingetroffenen Interzonenzug mußten 600 bis 800 verdächtige Männer im Alter zwischen 20 und 60 Jahren festgenommen werden. Ihre Überprüfung ist im Gange. In Coburg verweigerten inhaftierte Agenten aus der Zone das angebotene Mittagessen.

Das schleswig-holsteinische Innenministerium will die 800 FDJ-Agenten, die bis Montagabend in Schleswig-Holstein festgenommen wurden, nicht in die Sowjetzone zurückschicken. Ein Sprecher der Landesregierung erklärte, die bisherigen Vernehmungen hätten ergeben, daß die Agenten erneut ins Bundesgebiet kommen wollen, falls sie über die Zonengrenze abgeschoben würden.

Verschiedene FDJler erklären, daß sie aus ihren Betrieben in der Sowjetzone geholt wurden, falsche Papiere erhielten und dann sogleich losgeschickt wor-

den seien. Dabei habe man ihnen gesagt, wenn sie aus der Bundesrepublik zurückkehrten, dürften sie ihren Eltern nicht erzählen, wo sie gewesen seien, sondern sollten sagen, daß sie bei der Erntehilfe eingesetzt worden seien.

Etwa 800 FDJ-Angehörige sollen sich in der Sowjetzonen-Grenzstelle Schwanheide gegenüber Büchen angesammelt haben. Der Bundesgrenzschutz rechnet damit, daß in der Nacht zum Dienstag ein gewaltiger Durchbruchversuch unternommen wird. Die Grenzwachposten sind verstärkt worden.

Bonn: Keine Bedrohung

Dr. R. Bonn (Eigenbericht). Bei den Propagandastellen der Sowjetzone herrscht große Aufregung über die offensichtlich fehlgeschlagene Aktion gegen die Wahlen in der Bundesrepublik. Daß diese Stimmung durchaus einseitig ist, erkennt man an der Gelassenheit, die im Bundesinnenministerium über den Vorgang festzustellen war. Auch das Bundespresseamt betonte, daß kein Grund zur Sorge bestehe. Das Eindringen der Propagandisten in die Bundesrepublik habe keine solchen Ausmaße, daß eine echte Bedrohung vorhanden wäre. Die vorhandenen Ordnungskräfte würden durchaus mit ihrer Aufgabe fertig.

Wieder Zwischenfälle

Berlin (Eigenmeldung/DPA). In mehreren Betrieben der Sowjetzone ist es auch in den letzten Tagen wieder zu Zwischenfällen gekommen, als Arbeiter in kommunistischen Propagandaveranstaltungen sprachen und das Sowjetzonen-Regime unter Hinweis auf den Juni-Aufstand öffentlich anklagten.

Gellende Rufe aus CSR-Mission

Mysteriöse Vorgänge in Dahlem

Berlin (Eigenbericht). Das Gebäude der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin-Dahlem wurde am Montagvormittag von einem starken Westberliner Polizeiaufgebot umstellt, da die Nachbarn über den Notruf die Polizei alarmiert hatten. Gegen 11 Uhr waren zuerst ein schwacher und dann ein gellender Hilfeschrei aus dem Hause vernommen worden.

Da das Gebäude als extraterritoriales Gebiet von der Polizei nicht betreten werden durfte, beschränkte sie sich auf die Bewachung durch Kriminalangestellte. Ein amerikanischer Be-

auftragter betrat das Haus, ohne jedoch zu erfahren, von wem die Hilferufe gestammt haben. Später zogen sich die Westberliner Polizei wieder zurück.

Der Chef der CSR-Militärmission, Havlin, hat sich bei einem US-Protokollbeamten darüber beschwert, daß sich deutsche Polizeibeamte und Fotografen vor dem Gebäude der Mission versammelt hatten. Dies sei eine „Provokation“.

Wie verlautet, hat ein Auto die Militärmission verlassen, kurz nachdem die gellenden Hilferufe gehört worden waren.

Unheimliches Gefühl

Am Ende früherer deutscher Wahlkämpfe stand neben der Liste der gewählten Abgeordneten die Liste der Toten und Verletzten, die dem politischen Kampf zum Opfer gefallen waren. Das war damals, als die Kommunisten noch eine große Partei und die Nationalsozialisten noch nicht allein an der Macht waren. Knüppel und Schlagring waren die Argumente dieser feindlichen Brüder, mit denen sie sich selbst und jede andere Meinung bekämpften. Wir haben heute die Genugtuung zu sehen, daß in dieser Hinsicht ein Wandel eingetreten ist. Man spürt also auch hier, wie sehr die frühere Unordnung eine Funktion der totalitären Parteien von rechts und links gewesen ist — ein Grund mehr, dem Wiederauftreten roter oder brauner Landsknechte einen Riegel vorzuschieben, mögen sie Naumann oder Reimann heißen.

Der Wahlkampf bleibt dennoch ein anormaler Zustand der Politik. Auch jetzt ist nicht alles gut und schön, was wir in ihm zu hören und zu sehen bekommen, und die Aufgabe bleibt, dieses große Ringen um Mehrheit und Regierungsmacht moralisch aufzuwerten. Dazu gehört nicht zuletzt unter absolutem Verzicht auf den Proporz ein besseres, auf Person und Mehrheit gegründetes Wahlsystem. Das wird uns nicht nur lärmende Gernegroße als Parteigründer, sondern auch Parteien als Vertreter ausländischer Interessen ersparen. Zu diesen letzten gehören nicht nur die Kommunisten, die der deutsche Stimmzettel hoffentlich aus dem parlamentarischen Spiel vertreiben wird. Eine so vorbehaltlose Vertretung und Beschönigung der sowjetischen Politik, wie wir sie zum Beispiel jüngst in einer Düsseldorfer Kundgebung von „Altreichskanzler“ Wirth und Frau Wessel vernahmen konnten, steht der Propaganda der Kommunisten in keiner Weise nach. Es bedarf kaum belastender Dokumente, wie sie jüngst bekanntgegeben worden sind, um zu spüren, in wessen Auftrag und zu wessen Gunsten sie sprechen.

In Pankow sollte man übrigens, anstatt sich untauglicher Werkzeuge zum Sturz Konrad Adenauers zu bedienen, lieber einen anderen Aspekt der westdeutschen Wahlen aufmerksam betrachten. Diese Wahlen nämlich finden in voller Freiheit statt, in einer Freiheit, die es sogar gestattet, daß selbst Pankow durch rot und rosa gefärbte Kleinstparteien an ihnen teilnehmen kann. Wenn nach diesem Vorbild einmal auch in der Zone ein Parlament gewählt und eine Regierung gebildet werden wird, dann besteht kein Grund mehr, die Schaffung einer provisorischen gesamtdeutschen Regierung zu verweigern. Heute dagegen kann nicht der kleinste Zipfel westdeutscher Regierungsmacht — wenn auch nur provisorisch — in die Hand sowjetdeutscher Machthaber gelegt werden. Alle Torheiten der Weltgeschichte würden übertrumpft, wenn wir — aus Erfahrung Wissende — solches unternähmen. Wir würden Moskau selbst in der Bundesrepublik installieren und zum mitbestimmenden Teilhaber einer gesamtdeutschen Regierung machen. Niemand in der Bundesrepublik und kein Deutscher in der Zone ist so töricht, an eine solche Möglichkeit auch nur zu denken.

Eine sterile Zeit

Wahlkämpfe sind immer eine sterile Zeit für echte Politik. Wir haben das sehr drastisch erlebt, als im vergangenen Jahre die amerikanische Politik während der langen Wahlkampagne praktisch zum Stillstand kam, und wir sehen in kleinerem Maßstab Ähnliches jetzt in Deutschland. Das Taktische überwiegt, und das Sachliche tritt zurück. Niemand wechselt im Ablauf dieses Ringens um die Regierungsmacht eine bisher starr vertretene Position, aber jeder Verantwortliche muß bereit sein, sie zu überprüfen, wenn die Zeit des Redens vorbei ist und in einer vielleicht veränderten internationalen Situation wieder gehandelt und gestaltet werden muß. Wir wissen heute noch nicht, wie sich die Sowjetunion endgültig zu einer Viererkonferenz stellen wird, zu der sie in den nächsten Tagen von den Westmächten erneut eine Einladung erhalten wird. Findet diese Konferenz tatsäch-

lich statt, dann wird sie jedenfalls den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung vor Verantwortungen und Entscheidungen stellen, für deren ungewöhnliche Bedeutung wir auch im Wahlkampf nicht den Blick verlieren dürfen. Was sich aus diesen Entscheidungen und Verantwortungen schließlich ergibt, das vermag heute noch niemand zu sagen. Das wird auch nicht mit außenpolitischen Programmen geklärt, die jetzt unter wahltaktischen Gesichtspunkten veröffentlicht und in denen sehr schwierige Fragen vorweg beantwortet werden, von denen wir noch gar nicht wissen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Möglichkeiten sie uns gestellt werden können.

Gemeinsame Außenpolitik

Was wir dagegen gerade aus den Erfahrungen des Wahlkampfes mit einiger Sicherheit wissen, das ist, daß wir im neuen Bundestag eine bessere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition und vor allem — damit nicht eine gefährliche Schädigung deutschen Interesses eintritt — eine möglichst gemeinsame Außenpolitik brauchen. Das setzt voraus, daß unter den Wahlkampf und unter manche Haltungen, Stimmungen und Methoden, die während der vier Jahre des ersten Bundestages zwischen Regierung und Opposition ein fast an Kriegszustand grenzendes Verhältnis herbeigeführt haben, beiderseits ein Schlußstrich gezogen wird. Wir haben ein heimliches oder ein unheimliches Gefühl, daß die kommende politische Entwicklung einer vielleicht noch fehlenden Einsicht in diese Notwendigkeit gründlich nachhelfen wird.

Protest gegen Vopo-Mord

Berlin (Eigenmeldung). Auf dem Fahrdrain an der Bernauer Ecke Strelitzer Straße legten vor wenigen Tagen drei Männer im Ostsektor, etwa 80 Meter von der Sektorengrenze entfernt, einen Kranz nieder. Anschließend sangen sie das Lied: „Ich hatt' einen Kameraden.“ An dieser Stelle war am 18. August der 51jährige politische Flüchtling Theodor Schulz von Vopo-Posten ermordet worden.

Opposition gegen den Ost-Terror

Düsseldorf (Eigenmeldung). Der Bundesvorstand des DGB protestierte gegen die Massenverhaftungen im Zusammenhang mit der Teilnahme am Juni-Aufstand und die Folterung der Festgenommenen in Ostberlin und der Sowjetzone.

Freiheitsschutzgesetz

Frankfurt (DPA). Zum erstenmal in Hessen hat die für politische Verbrechen zuständige 4. Strafkammer Frankfurt das vom Bundestag geschaffene Freiheitsschutzgesetz angewandt und den Gastwirt Vogel wegen schwerer Denunziation bei Sowjetzonenbehörden in zwei Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Aufnahme abgelehnt

Berlin (Eigenmeldung). Die Notaufnahme der ehemaligen Chefsekretärin des gestürzten sowjetdeutschen Außenministers Dertinger, Ruth Schneider, wurde in Westberlin abgelehnt.

333 mal Berlin

„333 x Berlin“ nennt sich die Foto-Ausstellung der Berliner Bildjournalisten. Sie zeigt acht Jahre Berliner Geschichte in packenden Bildern, die dokumentarischen und künstlerischen, ja teilweise symbolischen Wert besitzen. Sie wurde eröffnet mit Ansprachen des Regierenden Bürgermeisters Reuter und des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser. Beide betonten, wie wichtig es sei, daß diese Ausstellung auch nach Westdeutschland und ins Ausland gehe. Man möchte wünschen, daß die charaktervollsten dieser 333 Fotos zu einem Bildband zusammengefaßt werden.

Gedenkwoche für die Gefangenen

Göppingen (DPA). Die Kriegsgefangenen-Gedenkwoche wird in diesem Jahre im Bundesgebiet und in Westberlin vom 19. bis 25. Oktober begangen. Sie soll das deutsche Volk und die Welt auf das harte Schicksal der immer noch zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen hinweisen.

Wirth-Partei schwer belastet

Material über östliche Untergrundbewegung vorgelegt

Bonn (Eigenmeldung). Gegen den „Bund der Deutschen“ (BdD) des ehemaligen Reichskanzlers Wirth wurde am Donnerstag in Bonn und in Mainz Material dafür vorgelegt, daß diese Partei, die mit der „Gesamtdeutschen Volkspartei“ (GVP) des ehemaligen Bundesinnenministers Heinemann ein Wahlbündnis eingegangen ist, von kommunistischer Seite gelenkt und finanziert werde.

In Mainz zeigte Oberregierungsrat Käsberger vom Innenministerium Rheinland-Pfalz Fotokopien, die in der Wohnung des kommunistischen Funktionärs und Leiters der Abteilung Massenorganisation des KP-Zentralsekretariats in Düsseldorf, Friedel Janecek, beschlagnahmt worden waren. Darunter befanden sich von Janecek ausgestellte und von Mitgliedern des BdD unterschriebene Quittungen. Auch das ehemalige BdD-Vorstandsmitglied Thinius sagte vor der Presse, daß die Finanzierung der Partei in den

Händen der KPD liege, von 13 Mitgliedern der Mainzer Geschäftsstelle seien ferner neun eingeschriebene KPD-Mitglieder beziehungsweise FdJler.

Das Belastungsmaterial wurde Heinemann übergeben. Er sagte dazu, es sei durch das Material noch nicht einwandfrei erwiesen, daß der BdD von der KPD finanziert werde. Selbst wenn dies nachgewiesen werde, wolle er das Wahlbündnis nicht lösen.

In Bonn erklärte vor der Presse der bis zum März 1952 für die Arbeit mit den westdeutschen Politikern verantwortliche Mann des sogenannten Nationalrates der Nationalen Front, Georg Jost, die kommunistische Bundestagsabgeordnete Grete Thiele verwalte und verteilte die Gelder für die verschiedenen kommunistischen Tarnorganisationen in Westdeutschland. Ihr monatlicher Fonds für diese Zwecke belaufe sich seit 1951 auf mindestens 100 000 DM.

Überholte Angelegenheit

Wer die Wiedervereinigung des deutschen Volkes als tiefes Anliegen empfindet, scheut Propagandaworte. Der Wunsch nach Beseitigung der trennenden Schranken muß sich einst voll erfüllen, und zunächst kann er sich zumindest auf einem Teilgebiet erfüllen, ohne daß damit gleich eine ost-westliche Haupt- und Staatsaktion verbunden ist: Die Interzonenpässe sollten sofort verschwinden! Ihr Fortbestehen ist real nicht mehr gerechtfertigt, weder nach westlicher noch nach östlicher Auffassung, nachdem auch die DDR-Behörden in letzter Zeit zahlreiche Interzonenpässe ausgestellt haben.

Der Bundestag setzte sich für Abschaffung der Interzonenpässe ein. Praktisch und prompt reagierten die Oberkommissare und taten genau das, was zu tun richtig war. Ihre gleichlautenden Briefe an Semjonow mit dem Vorschlag, die lästigen Pässe endlich abzuschaffen, ent-

sprechen nicht nur dem natürlichen Wunsch aller Deutschen, sie entsprechen auch dem Zug der Zeit, die Schranken, Grenzen und Hemmnisse des Verkehrs abzubauen, wo immer es geht. Zu diesen Hemmnissen gehören jene lästigen Formalitäten einer nicht mehr zu rechtfertigenden Verkehrsbürokratie. So ist beispielsweise der Verkehr zwischen Italien und Frankreich, zwischen Frankreich und England, besonders aber zwischen den skandinavischen Staaten längst in gegenseitigem Interesse vereinfacht worden. Zwar bedeutet ein Interzonenpaß etwas anderes als ein Visum oder eine sonst übliche Einreiseerlaubnis, aber: was zwischen Völkern verschiedener Sprachen und Nationalitäten ohne Verletzung von „Souveränitätsrechten“ möglich ist, sollte unter Menschen des gleichen Volkes längst eine Selbstverständlichkeit sein. Die Interzonenpässe sind eine überholte Angelegenheit außerhalb der hohen Politik. Kein Grund, sie beizubehalten, zumal sie keiner Seite zur Ehre gereichen.

Mißlänge zur Leipziger Messe

Es paßt in die neue Propagandawelle

Die Leipziger Messe, so läßt sich Grotewohl in einer mit 20 Seiten Inseraten der volkseigenen Betriebe, der Handelszentralen und mit solchen über Neuerscheinungen in der kommunistischen Literatur gespickte Sonderausgabe des „Neuen Deutschland“ vernehmen, ist der Vermittler zwischen den handelsbereiten Kaufleuten und Unternehmern, der kapitalistischen Länder und dem sozialistischen Lager der Sowjetunion, der volksdemokratischen Länder und der Deutschen Demokratischen Republik.

Das hat also gar nichts mit der Politik zu tun. Aber es paßt gerade in die neue Propagandawelle, die die Sowjetunion über die westlichen Länder im Zusammenhang mit ihrer letzten Note und mit der Wahl in der Bundesrepublik ergießt, daß Herr Grotewohl auch die Gelegenheit der Leipziger Messe benutzt, um auf der einen Seite die Sowjetunion über den grünen Klee zu loben und auf der anderen Seite die finsternen Mächte in den USA und der Bundesrepublik mit den alten längst abgegriffenen Schlagwörtern zu beschimpfen und ihnen sogar die Schuld dafür aufzu-

bürden, daß der Handel zwischen Ost und West nicht klappt. Goldene Berge verspricht er wieder, nicht nur in bezug auf das Gedeihen der Wirtschaft, sondern auch auf die Beseitigung aller Spannungen in der Welt, die Unterbringung der Arbeitslosen usw. Wieder greift Grotewohl das Märchen auf von der Bereitschaft zum sofortigen Abschluß eines innerdeutschen Handelsvertrages von bis zu 2 Mrd. DM. Er müßte doch eigentlich am besten selbst wissen, wie die früheren Verhandlungen über die Interzonenhandelsverträge gelaufen sind. Auch da hat man erst große Worte gemacht, und hinterher mußte man doch zugeben, daß man nicht liefern konnte, was der Westen haben wollte. Die Bezugswünsche auf ostzonaler Seite sind schon da, aber die Gegenwerte fehlen, und daher geriet ja auch die Sowjetzone immer mehr in Schulden, so daß zur Erleichterung des interzonalen Verkehrs der sogenannte Swing verdoppelt werden mußte. Es ist daher auch keineswegs damit getan, daß man in zahlreichen Broschüren, die Westdeutschland überschwemmen, die neuen Schöpfungen der So-

wjetzone, der Sowjetunion und Polens, Ungarns usw. zeigt, über deren Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Qualität nur die Fachleute ein Urteil abgeben können, sondern man muß auch die Lieferfähigkeit unter Beweis stellen. Das gilt für die großen Maschinen wie für die unzähligen Gebrauchsartikel, deren Austausch in aller Welt die Leipziger Messe zu dem Welthandelsplatz freier Kaufleute gemacht hat. Diesen Ruf hat sie aber längst unter dem kommunistischen System verloren, so daß sie mehr und mehr zu einer Ausstellung von den der Sowjetunion angeschlossenen oder ihr befreundeten Ländern geworden ist. Die Geschäfte, die angebahnt werden, besorgen dann die Handelszentralen mit einem unerträglichen Wust von Papieren und Instanzen, die von Freiheit der Kaufleute nichts wissen.

Schon 183 Terrorurteile

Berlin (DPA). Insgesamt 183 Urteile gegen Einwohner der Sowjetzone wegen Teilnahme an dem Juni-Volksaufstand sind bisher bekanntgeworden. Aus einer am Donnerstag veröffentlichten Zusammenstellung des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen geht hervor, daß 16 Angeklagte von sowjetischen Standgerichten zum Tode durch Erschießen verurteilt wurden. Bezirksgerichte der Sowjetzone und Osterlins verurteilten bisher mindestens einen Angeklagten zum Tode, zwei Angeklagte zu lebenslanglichem Zuchthaus, 116 zu langjährigen Zuchthaus- und 48 zu hohen Gefängnisstrafen.

Am Donnerstag wurde ein neues Terrorurteil bekannt. Das Magdeburger Bezirksgericht verurteilte den 42jährigen Gärtner Ernst Jennrich zu lebenslanglichem Zuchthaus.

Moskau verweigert Auskunft

Die Sowjetunion hat sich erneut geweigert, mit der Kriegsgefangenenkommission der UN zusammenzuarbeiten und ihr einen Bericht über die noch immer in der Sowjetunion vermißten deutschen, italienischen und japanischen Kriegsgefangenen und Zivilpersonen zuzustellen, gab der Vorsitzende der Kommission bekannt.

Noch zwei Millionen Vermißte

Neue Aufstellung der Bundesregierung

Bonn (AP). Die Bundesregierung hat den Vereinten Nationen am Freitag neue Listen über deutsche Kriegsgefangene und Verschleppte überreichen lassen. Daraus geht hervor, daß zur Zeit noch über 2,1 Millionen deutsche Soldaten oder Zivilisten vermißt werden, von denen ein großer Teil als in der Gefangenschaft im Osten lebend betrachtet werden kann.

Die deutsche Delegation in Genf hat der Sonderkommission für Kriegsgefangenenfragen der UN auch eine Namensliste über 117 529 bisher nicht zurückgekehrte deutsche Kriegsgefangene überreicht, die in den Jahren 1945 bis 1953 durch eigene Nachricht aus der Gefangenschaft oder durch übereinstimmende Aussagen von zwei oder mehr Heimkehrern als Kriegsgefangene bezeugt worden sind.

Allein in der Sowjetunion konnten auf diese Weise 102 958 deutsche Kriegsgefangene festgestellt werden. Mindestens 750 000 Zivilpersonen wurden nach den Unterlagen in die Sowjetunion verschleppt.

KP-Chefs verhaftet

Washington (AP). Die amerikanische Bundeskriminalpolizei hat die beiden flüchtigen Kommunistenführer George Thomson und Sidney Steinberg verhaftet, die sich in einem Schlupfwinkel 2400 Meter hoch in den Sierrabergen in Kalifornien verborgen hielten.

Die beiden Kommunistenführer waren bereits vor Jahren wegen Verschwörung zum Sturz der Regierung zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, vor Strafantritt jedoch geflohen.

Das Korn ist schwarz geworden . . .

Getreide erst zur Hälfte eingefahren — Die Sowjetzonenerte

Berlin (Eigenbericht). Der 28-jährige Minister für Landwirtschaft und Forsten der Sowjetzone, Hans Reichelt, von Beruf Friseurgehilfe, hat von seinem Vorgänger Schröder im Mai 1953 kein schönes Erbe übernommen. Reichelt übernahm die Geschäfte, als die Sozialisierung auf dem Lande auf Hochtouren lief und bereits bekannt war, daß sich die Flucht der Bauern und Landarbeiter schon in diesem Jahr auf die Ernteerträge katastrophal auswirken würde. Dazu kam die völlig ungenügende Düngerzuteilung im Herbst/Frühjahr 1952/53 an die Privatbetriebe und die unsachgemäßen Bestellungenarbeiten auf den herrenlosen und durch Treuhänder bewirtschafteten Betrieben. Das warme Wetter begünstigte die Reife des gesamten Getreides, so daß keine Pause in der Mahd eintrat, um zwischendurch einzelne bereits gemähte Getreidearten einfahren und dreschen zu können.

Durch das Fehlen von Arbeitskräften, Mangel an Erntewagen und Dreschmaschinen sowie durch Stromabschaltungen ist heute das Getreide erst zur Hälfte eingefahren, und ein ganz geringer Prozentsatz konnte erst ausgedroschen werden. Sehr viel Roggen steht noch auf dem Felde. Das Korn ist schwarz und zum Teil bereits ausgewachsen. Die Bauern sehen das natürlich mit großer Sorge. Mehr können sie aber nicht schaffen. Ihre Arbeitszeit beträgt schon seit langem 16 bis 18 Stunden täglich.

Diese Tatsachen konnten selbst von der sowjetzonalen Regierung nicht übersehen werden. Sie reduzierte den Volkswirtschaftsplan 1953, der eine Gesamtproduktion an Getreide von 6,9 Millionen Tonnen vorsah, um 0,8 Millionen Tonnen. Der Plan der Gesamternte an Ölfrüchten wurde um 90 000 auf 157 000 Tonnen gesenkt. Die ersten Ernteschätzungsergebnisse, die auf Grund des Erdrüsches abgegeben worden sind, weisen jedoch schon einen Ausfall von rund 1,2 Millionen Tonnen Getreide und 115 000 Tonnen Ölfrüchte auf. Von dieser Menge haben die Bauern 4,5 Millionen

Tonnen Getreide an den Staat zu liefern, so daß die klägliche Menge von 1 272 000 Tonnen für Saatgut, Eigenverbrauch und Futter für das Vieh verbleiben. Der Gesamtbedarf beträgt jedoch rund 8 Millionen Tonnen. Vorsorglich wurden Handelsverträge mit der Sowjetunion und den anderen Ostblockstaaten abgeschlossen, in denen Importe von 1,2 Millionen Tonnen Getreide vorgesehen sind. Selbst diese Mengen reichen aber nicht aus. Rund 1 Million Tonnen Getreide fehlen, selbst wenn das hohe Ablieferungssoll erreicht würde.

Die Ausfälle bei Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben können heute noch gar nicht übersehen werden. Auch hier wird mit starken Verlusten gerechnet, da die Hack- und Pflegearbeiten stark vernachlässigt worden waren. Große Flächen sind völlig verunkrautet. Noch trostloser sieht es bei den Futter- und Zuckerrüben aus. Weiße Äcker sind derart in Unkraut verkommen, daß sie umgepflügt werden mußten. Wie sich diese Ausfälle auf die Milch-, Fett- und Fleischproduktion auswirken werden, wird sich im Frühjahr 1954 eindringlich zeigen.

Die Kultura bleibt unverändert

„Es muß sich etwas ändern“, sagt die SED

Berlin (Eigenbericht). Mit Verhandlungen und einem ganzen Register propagandistischer Versprechen versucht die SED, ihren „neuen Kurs“ auf dem Gebiet der Politik zu dokumentieren. Jetzt hörte man zum erstenmal vom kommunistischen Kulturbund, auch auf dem Gebiet der Kultura müsse sich etwas ändern. Aber was sich wandeln soll, bleibt unklar. Die Erklärung: „Jede wissenschaftliche Ansicht oder künstlerische Auffassung muß in echter Gleichberechtigung die Möglichkeit zur geistigen Auseinandersetzung erhalten“ ist denkbar unverbindlich.

Auf dem kulturellen Gebiet hat es in der Sowjetzone und Ostberlin bisher noch nicht einmal zu dem Als-Ob-Manöver eines neuen Kurses gereicht. Die östlichen Theater preisen nach wie vor in Wort und Ton alle Herrlichkeiten des Arbeiterparadieses. In Berlin und Potsdam wurde der Jahreszeit entsprechend die leichte Muse bemüht. Im Metropoltheater spielt man „Johannistag“. Da geht es jetzt fortschrittlich zu. Aber die östliche Kritik vermißt trotzdem wie immer die „Gegenwartsnähe“.

In Güstrow wurde kürzlich das Drama „Die Rosenbergs“ von Maximilian Scheer aufgeführt. Das ist ein Stück ganz nach volksdemokratischem Herzen. Im Mittelpunkt steht die

Verhandlung gegen die beiden Atomspione vor dem amerikanischen Bundesgerichtshof. Die Szene gibt Anlaß zu allen möglichen politischen Injurien gegen die „amerikanischen Kriegstreiber“ und ist genau das, was niemand in der Zone sehen und hören will.

Auch im Film hat sich nichts geändert. Unter anderem läuft ein tschechischer Streifen. Die Entführung von 23 Insassen eines tschechischen Flugzeugs durch sechs „Abtrünnige“, die brave Volksdemokraten mit List, Tücke und Dollars ins kapitalistische Joch zu zwingen versuchen, ist das Thema. Das Ende — wie könnte es anders sein? — ist eine freiwillige Rückkehr in das dem alten Kurs nach fehlerlose Dorado der Volksdemokratie.

Auf dem Kultursektor also steht das Versprechen, daß man dem Arbeiter alles fernhalten wolle, was ihn erbittert, in jeder Beziehung noch aus.

Vopo überlistet

Berlin (Eigenmeldung). Etwa 65 Empfänger von Spendenpaketen haben der Volkspolizei vor kurzem bei der Rückkehr in die Zone ein Schnippen geschlagen. Wie Augenzeugen in Westberlin berichteten, zogen sie kurz vor Fürstenwalde die Notbremse, verließen den Zug und entgingen so der scharfen Vopo-Kontrolle auf dem Bahnhof.

Moskaus Großzügigkeit kennt keine Grenzen

Erlassene Schulden, die keine sind

Mit stolzgeschwellter Brust ist die sowjetzonale Delegation aus Moskau zurückgekehrt. Anhaltender, nicht endenwollender Beifall der Volkskammer hat den Führer der Delegation, Grotewohl, belohnt, als er seine Erklärungen über das Moskauer Ergebnis abgegeben hatte. Eine Flut von Propaganda ergießt sich über die vor den Wahlen stehende Bundesrepublik, die die Wähler von der Großzügigkeit und der Hilfsbereitschaft des besten Deutschlandfreundes, der Sowjetunion, überzeugen soll. Auf die runde Summe von 15 Mrd. berechnet Grotewohl die Geschenke, die die Sowjetunion der Deutschen Demokratischen Republik darbringt. 10 Mrd. für erlassene Reparationen, 2700 Mill. für zurückgegebene SAG-Betriebe, 430 Mill. für Verzicht auf Schulden, 350 Mill. für Ermäßigung der Besatzungskosten. Dazu kommen noch neue Kredite von 500 Mill. Rubel. Das klingt alles in der Tat sehr großzügig, in Wirklichkeit steckt nicht mehr dahinter, als daß nun endlich unter dem Druck des Westens die unerhörte Ausbeutung der Sowjetzone abgremst werden soll.

Reparationsschuld?

Was heißt denn Erlaß der Reparationsverpflichtungen von genau 2537 Mill. Dollar? Da wird so getan, als ob noch eine solche Schuld bestände. In Wirklichkeit haben doch die Sowjets nicht nur in einem kaum vorstellbaren Ausmaß die Sowjetzone durch Demontagen geschwächt, sie haben Jahr für Jahr aus der laufenden Produktion sich Reparationen verschafft, die man zwar mangels nie gegebener Unterlagen nicht genau festlegen kann, die aber mindestens auf so viel in Dollar berechnet werden, wie in Mark jetzt großzügig Verzicht geleistet wird. Die meisten Schätzungen gehen weit darüber hinaus und belaufen sich auf das Doppelte und Dreifache dieser Summe. Von einer Reparationsschuld kann also gar keine Rede mehr sein.

Heruntergewirtschaftet

In dieser Erkenntnis werden auch die 33 SAG-Betriebe „unentgeltlich“ zurückgegeben. Widerrechtlich hatten sich die Sowjets etwa 200 Betriebe zur Sicherung ihrer Ansprüche angeeignet, darunter die größten und leistungsfähigsten, aus denen sie am meisten herausholen konnten. 133 dieser Werke waren schon in den letzten Jahren „zurückgegeben“ worden, wobei sich dann herausstellte, daß sie nicht nur sehr erheblicher Investitionen bedürften,

sondern daß sie zur großen Überraschung der sowjetzonalen Regierung zurückerworben werden mußten. Es wird sich noch herausstellen, in welchem Zustand die letzten 33 Betriebe in das Eigentum der VEB übergehen und welche Mittel erforderlich sind, um sie einigermassen konkurrenzfähig zu machen.

Nanu, doch Besatzungskosten?

Die Besatzungskosten wollen die Sowjets um 350 Mill. ermäßigen. Früher hat es wiederholt aus dem Munde hoher Funktionäre geheißen, die Sowjetzone brauche überhaupt keine Besatzungskosten mehr zu zahlen. Dann war mal von 400 Mill. die Rede. Jetzt werden sie auf angeblich 1600 Mill. gesenkt. Berechnet auf den Kopf der Bevölkerung und zu marktläufigen Preisen angesetzt kommt man dabei für die ausgesogene Sowjetzone zu nicht minderen Belastungen wie im Westen. Dabei darf man für die Sowjetzone nicht vergessen, daß weit mehr als das, was jetzt an Besatzungskosten gespart wird, ausgegeben werden muß für die Ausrüstung eigener Truppen. Also auch das Geschenk der Besatzungskosten - Ermäßigung zieht nicht.

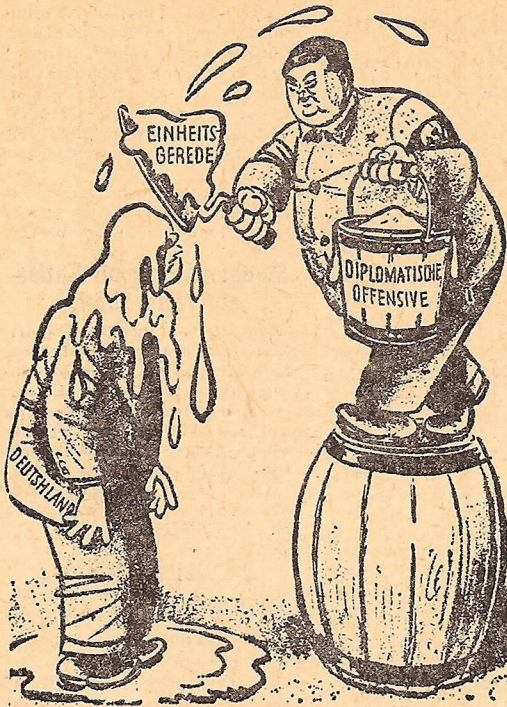
„Aus eigenen Kräften“

Nun kommen also noch Kredite. In den letzten Jahren hat

man nicht oft genug hinausposaunt, daß die Sowjetzone keine Kredite brauche und daß sie aus eigenen Kräften wieder groß und stark werde. Wie weit sie gekommen ist, das sieht man. Großzügig gibt die Sowjetunion zusätzliche Kredite von 590 Mill. Rubel für Lebensmittel und Rohstoffe. Sie tut das gewiß nicht ohne Absicht. Die Kredite müssen in Waren zurückgezahlt werden, und wenn es soweit ist, dann werden neue Kredite benötigt, die Sowjetzone also immer enger an die Sowjetunion gefesselt und wie die anderen Staaten, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, zu Vasallen der Sowjets gemacht, die nach ihren Wünschen zu arbeiten und zu leben haben.

An den Rand des Ruins gebracht

Warum es so gekommen ist? Grotewohl sprach von der Erleichterung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage in der Sowjetzone, die „infolge des Krieges“ entstanden ist. Nun, die Kriegsfolgen waren in der Bundesrepublik nicht weniger schwer. Sie sind heute dank der amerikanischen Hilfe, dank der sozialen Marktwirtschaft und dank des Fleißes von freien Menschen überwunden. Sie bietet wieder bei allem Schweren, das noch über ihr lastet, zum Erstaunen der ganzen Welt das Bild einer blühenden Wirtschaft. Die Ausbeutungspolitik der Sowjets und das der Sowjetzone durch willfährige Handlanger aufgedrungene Wirtschaftssystem haben das reiche Land an den Rand des Ruins gebracht. Die großen Nahrungsmittelgebiete geben nicht mal für die eigene Bevölkerung das Notwendige her. Die Reparationsforderungen der Sowjets ließen die Versorgung der Bevölkerung verkümmern. Hilfesuchend muß sich die Regierung nach Freunden umsehen, die selbst ihre Bevölkerung darben lassen müssen. Milliarden wird es kosten, den Osten Deutschlands so wiederherzustellen, wie er früher war. So „großzügig“ hat man mit ihr verfahren.



„Wer sagt, wir geben ihnen keine Butter“
(Aus „The Washington Post“)

Störtrupps aus der Zone

Funktionäre nicht mehr linientreu

Berlin (Eigenmeldung). Die stete Ausgabe von Lebensmittelpendeln an die notleidende Bevölkerung der Sowjetzone macht der SED zunehmende Sorge. Die SED beabsichtigt deshalb, in verstärktem Maße auch in Westberlin Störaktionen durchzuführen. Der ursprüngliche Plan, Belegschaften solcher Betriebe, die man für besonders zuverlässig im Sinne der SED hält, zu den Störaktionen aufzubieten, ist zurückgestellt worden. Bei den Erörterungen in der SED-Zentrale ist vor solchen Betriebseinsätzen gewarnt worden mit dem Hinweis auf die Enttäuschungen, die man hinsichtlich der „kämpferischen Entschlossenheit“ der Betriebe am 17. Juni erfahren habe.

Statt dessen werden nunmehr

zuverlässige Funktionäre der Partei und der Betriebe für die Störaktionen aufgebieten. Die Parteifunktionäre und diejenigen Parteimitglieder, die für absolut zuverlässig gehalten werden, werden zu solchen Einsätzen abkommandiert. Wie unsicher man sich der „Schlagkraft“ selbst der Funktionäre ist, zeigt sich darin, daß man bevorzugt auf Parteigliederungen zurückgreift, die in größerer Entfernung von Berlin beheimatet sind. In der Ortsgruppe Dresden-Striesen, die auch zu einer zweitägigen Aktion aufgefordert wurde, hat man u. a. die Mitgliedsbücher eingefordert mit dem Bemerkten, erst nach Rückkehr von dem zweitägigen „Kommando“ würden sie wieder ausgehändigt.

Nur flüstern . . .

Asyl nur für den Teufel

Stalin ist gestorben. Er kommt an die Himmelstür: „Nein“, sagte Petrus, „dort drüben die Tür.“ Stalin geht zur Hölle. Sekunden später klopft es wieder bei Petrus. Der Teufel selbst. Er bittet um politisches Asyl.

*

Fließendes Wasser

„Wünschen Sie einen Raum mit fließendem Wasser?“ fragte der Hotelier zwei sowjetische Offiziere, die gerade aus Inner-Rußland in Leipzig angekommen waren. „Ich habe nichts dagegen“, murmelte der eine von ihnen, „aber der Genosse hier kann nicht schwimmen.“

Norwegens KP in Nöten

Die norwegische Kommunistische Partei erlebt gegenwärtig eine ihrer bisher schwersten Krisen. Eine der Hauptsorgen ist die ständig sinkende Zahl der Parteimitglieder. 1945 verfügte die norwegische KP, nach eigenen Angaben, über 42 000 eingeschriebene Mitglieder. Zweifellos war diese Angabe übertrieben, denn ein Jahr darauf begnügte man sich bereits mit 30 000 Mitgliedern. Heute sind es noch 7000.

Es gärt in der Sowjetunion

Washington (AD). Die anhaltende Unzufriedenheit innerhalb der Sowjetunion und ihrer Satellitenstaaten hat den Kreml zu „neuen Gegenmaßnahmen gezwungen, um soziale Unruhen und offene Aufstände zu verhindern“, heißt es in einem vom Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats veröffentlichten Bericht.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Senator Wiley, erklärte in einem Vorwort zu dem Bericht: „Die Spannungen verschärfen sich. Innerhalb der verschiedensten Bevölkerungsgruppen mehrten sich die Stimmen, die ihre Beschwerden laut werden lassen, und die Opposition gegen die Regierung, selbst wenn ihr nicht immer offen Ausdruck gegeben wird, macht sich täglich mehr bemerkbar.“

Ein Katzensprung nach Stockholm

In Schweden ist alles anders — Auch der Polizeidirektor angelt

Wir waren noch keine Stunde in Stockholm, da stießen wir — mitten auf der Svea Vagen — mit einer alten Dame zusammen. „Verzeihung“, murmelten wir. Die alte Dame aber sagte lächelnd: „In Schweden alles linksherum, meine Herren aus Deutschland.“

Ja, in Schweden ist alles anders und alles ein wenig „linksherum“. Die Autos fahren (was sie sonst nur noch in England tun) links, die Eisenbahnen fahren links, und als wir mit einem Taxi durch die Stadt fuhren, blieb uns das Herz fast stehen, so „falsch“ jagte der Chauffeur durch die Kurven. „Das ist gar nicht so einfach“, sagte er. „Ich bin Däne, muß in Kopenhagen oft rechts, dann hier wieder links fahren, und die Folge: Jeden Tag zwei schwere Zusammenstöße!“

Der Chauffeur verzog keine Miene, als er diesen Satz sprach, und erst später erfuhren wir, daß dies eine Probe skandinavischen Humors war. Wenn wir selbst Skandinavier gewesen wären, dann hätten wir uns weder erschrocken, noch hätten wir etwa gelacht, vielmehr würden wir ernsthaft mit dem Kopf nicken und sagen: Ich liege am liebsten im Gustaf-Hospital, zweiter Stock, Südseite.“

„Nicht nur die Autos fahren links“, sagte der Hotelporzier

und brachte die Drehtür, die wir eisern blockiert hatten, wieder in Schwung. Die Türen drehen sich ebenfalls linksherum.

Stockholm liegt halb im Meer, halb im Fluß, Straßen und Brücken lösen sich ab. An den Geländern dieser Brücken stehen Schulter an Schulter die Angler. Es sind, bunt durcheinander, Arbeiter, Beamte, Kaufleute, Rechtsanwälte, die hier ihrer Leidenschaft frönen. Allerdings — in einer Polizeiverordnung heißt es: „Das Fischen mit Netzen und Angelruten ist auf den Brücken streng verboten.“ Aber wir wissen bereits, daß die Stockholmer Meister sind in der Umgehung von Verordnungen. Sie lassen die Angelrute zu Hause, begnügen sich mit der Angelschnur, und wo steht, bitte sehr, geschrieben, daß es verboten ist, Bindfäden mit Stahlhaken und einem Würmchen dran über Brückengeländer zu werfen...?

Als aber eines Tages — so erzählte unser dänischer Chauffeur — doch einmal ein Polizist einschritt und einen Brückenangler sehr höflich fragte, ob er hier etwa Fische fange, da zog der die Schnur aus dem Wasser, nahm das Würmchen vom Haken, warf es in die Konservendose zu den anderen und sagte: „Nein, Würmer.“ Der Schutzmann verzog keine Miene,

grüßte noch einmal sehr höflich und flüsterte: „Hab ich mir doch gleich gedacht, Herr Direktor.“ Erst in diesem Augenblick bemerkten die anderen Angler, daß es der Polizeidirektor Nyquist gewesen war, mit dem der Schutzmann gesprochen hatte.

Nun sage noch einer, in Schweden sei nicht alles anders als sonst überall in der Welt.

Steuersenkung für Kaffee ein voller Erfolg

Bonn (DPA). Das Bundeswirtschaftsministerium bezeichnete am Freitag die Kaffeesteuersenkung als einen vollen Erfolg. Das habe bereits der erste Tag nach Inkrafttreten der Steuersenkung klar erkennen lassen. Der Konsument sei nicht enttäuscht worden. Preise und Qualität hätten seinen Erwartungen voll entsprochen.

Der Deich ist dicht

Amsterdam (DPA). Mit dem Einfahren von einem Dutzend kleiner Betonschiffe ist der Ringdeich um den größten, bei der Sturmflut des 1. Februar bei

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Aktien auf der Wäscheleine

Die Schätze der „Flying Enterprise“

Brüssel (AP). Wie Wäschestücke auf der Leine, waren am Sonnabend durchweichte Aktien der Zeiß-Ikon und anderer berühmter Industriefirmen im Zolllager von Ostende (Belgien) zum Trocknen aufgehängt.

Gleichzeitig sortierten und trockneten Beamte der Banque de Bruxelles in der belgischen Hauptstadt dicke Bündel von Dollar- und Pfundnoten. Die Banknoten hatten allein einen Wert von rund 100 000 Dollar (420 000 DM). Geld und Aktien sind nur der erste Teil eines noch größeren Schatzes, der in einem Laderaum der „Flying Enterprise“ 80 Meter tief auf

dem Grund des westlichen Ärmelkanals liegt.

Die kurz nach Neujahr 1952 trotz des mutigen Ausharrens ihres Kapitäns Kurt Carlsen gesunkene „Flying Enterprise“ hatte die Wertpapiere und Banknoten, die im Auftrag einer Baseler Bank nach Amerika gebracht werden sollten, in Hamburg an Bord genommen. Sie werden jetzt im Auftrag von Lloyds Versicherung in London, die seinerzeit den Schadenersatz leistete, durch ein italienisches Unternehmen geborgen. Um an die Geldkisten heranzukommen, mußte man mit Dynamit ein Loch in die Schiffswand sprengen.

Scheldhoek auf der südwestholländischen Insel Schouwen-Duiveland entstandene Deichbruch endgültig geschlossen worden. Der Deich um Scheldhoek ist jetzt dicht. Der Inselteil Schouwen ist damit endlich von der vernichtenden Gewalt der Gezeiten befreit.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.